



Rhein-Sieg Journal

Senioren
Union **CDU**

Ausgabe Januar 2026



Liebe Mitglieder der Senioren-Union des Rhein-Sieg-Kreises,
ich wünsche Ihnen ein gutes Neues Jahr 2026.

Als ich Ihnen vor zwei Jahren erstmals ein gutes Neues Jahr wünschen durfte, verband ich dies mit der Hoffnung, dass der Konflikt in der Ukraine und auch die Auseinandersetzung Israels mit der Terrororganisation Hamas ein Ende finden würden. Diesen Wunsch habe ich im letzten Jahr erneuert und werde ihn auch in diesem Jahr erneuern müssen.

Möge also die Welt ein friedvolleres Jahr 2026 erleben dürfen.

Für unsere Senioren-Union war 2025 ein ereignisreiches Jahr und ich ziehe mit Freude ein positives Fazit.

Auf Bundesebene wurde mit dem 69-jährigen Hubert Hüppe ein erfahrener Bundespolitiker zum Vorsitzenden gewählt. Es ehrt mich, dass ich durch das Votum der Bundesdelegiertenversammlung Ende August in Magdeburg als Bundesschatzmeister im geschäftsführenden Vorstand mitarbeiten darf. Wir werden in Zukunft eine deutliche politischere und öffentlichkeitswirksamere Senioren-Union sein.

Im Land NRW gibt es ebenfalls einen neuen Vorstand, der vom Mitglied des Landtages, Frau Dr. Annette Bunse (67 Jahre), geführt wird. Auch hier hoffe ich, die Belange der Senioren-Union des Rhein-Sieg-Kreises als einer ihrer Stellvertreter erfolgreich wahrnehmen zu können. Gleiches gilt für die Senioren-Union Mittelrhein, wo mich als Besitzerin Marga Basche aus Siegburg unterstützen wird.

Für den Vorstand im Rhein-Sieg-Kreis gab es am 16. Oktober Neuwahlen. Ich freue mich sehr, dass Marga Basche (Siegburg) und Brigitte Schächter (Alfter) als meine Stellvertreterinnen, Michael Schuch (Neunkirchen-Seelscheid/Much) und Angelika Wichert (Wachtberg) als Geschäftsführerin in den nächsten zwei Jahren mit mir den geschäftsführenden Vorstand bilden. Peter Antkowiak (Rheinbach) Alfons Bogolowski (Troisdorf), Jutta Brune (Swisttal), Dirk Fromm (Bornheim) Susanne Langguth (Bad Honnef), Karl Schmitz (Königswinter) und Frank Uhland (Sankt Augustin) vervollständigen als Beisitzer das Gremium.

Gerne möchte ich mich bei dieser Gelegenheit bei allen von Ihnen bedanken, die durch Ihren Einsatz geholfen haben, die Bundestagswahl und die Kommunalwahl für die CDU Deutschlands zu einem Erfolg werden zu lassen. Ich weiß, dass wir als Senioren-Union an vielen Canvassing-Ständen und bei vielen Wahlveranstaltungen prominent vertreten waren. Lisa Winkelmeier-Becker und Dr. Norbert Röttgen setzten sich klar in ihren Wahlkreisen durch, und auch unser Landrat Sebastian Schuster wird seine ausgezeichnete Arbeit der letzten Jahre fortsetzen.

Natürlich hoffe ich, dass möglichst viele Politiker im Rhein-Sieg-Kreis, die das 60ste Lebensjahr überschritten haben, unsere Loyalität auch durch einen Eintritt in unsere Vereinigung anerkennen, und danke den vielen Mitgliedern des Kreistags und der Stadt- sowie Gemeinderäte, die diesen Schritt bereits getan haben.

Liebe Mitglieder, ich wünsche Ihnen und Ihren Angehörigen ein glückliches neues Jahr und freue mich auf viele Begegnungen mit Ihnen im Jahr 2026.



Hubert Hüppe

Bundesvorsitzender der
Senioren Union:

Engagiert gestalten - Politik prägen. Die Senioren-Union als starkes Sprachrohr der älteren Generation.

Vor wenigen Monaten wurde ich zum Bundesvorsitzenden der Senioren-Union der CDU gewählt. In meiner Vorstellungsrede habe ich versprochen,

im Falle meiner Wahl unsere Vereinigung wieder politischer werden zu lassen. Dies hat eine breite Mehrheit der Delegierten offensichtlich auch gewollt. Unterstützt werde ich dabei von dem gesamten neugewählten Vorstand, nicht zuletzt auch von unserem neuen Bundesschatzmeister Dieter Braun. Sofort haben wir uns darangegeben, uns mit den Themen Rente und Pflege zu beschäftigen, wozu uns zahlreiche Anträge auf der Bundesdelegiertentagung in Magdeburg vorlagen. Wir wollen bei den vor uns liegenden Reformen gehört werden und unsere Standpunkte einbringen. Bei den Sozialsystemen wollen wir erreichen, dass mehr Menschen in das System einzahlen. Dazu gehören aus meiner Sicht Migranten und Empfänger der Grundsicherung. Klar ist, dass die Sozialkosten der Grundsicherung hoch sind; allerdings kommt hinzu, dass uns damit Beiträge für die Sozialversicherungen fehlen, die wir dringend bräuchten. Darüber hinaus wäre es gut, wenn junge Leute schneller ins Erwerbsleben kämen, insbesondere wenn man berücksichtigt, dass heute Menschen während der Erwerbstätigkeit sich weiterbilden, um mit neuen technischen Entwicklungen mithalten zu können.

Das Thema „Recht auf eine analoge Welt“ hat in den Medien große Wellen geschlagen und auch viel Aufmerksamkeit gebracht. Dabei geht es uns nicht darum, die Digitalisierung zu verhindern. Wir wollen aber nicht, dass eine große Gruppe von Menschen dadurch isoliert wird, weil der Umgang damit zu schwierig ist. Deshalb treten wir dafür ein, dass es auch weiterhin Möglichkeiten gibt, ohne Laptop und Smartphone Anträge zu stellen oder auch noch im ÖPNV mit Bargeld zu zahlen, denn auch das gehört zur Barrierefreiheit. Und da, wo es gar nicht anders geht, muss es eine digitale Assistenz geben.

Schon in der ersten Bundesvorstandssitzung im Oktober haben wir beschlossen, dass wir auf dem CDU-Bundes-Parteitag beantragen werden, dass wir im Artikel 3 des Grundgesetzes vor Altersdiskriminierung geschützt werden. Ich bin sehr gespannt, wie unsere Mutterpartei darauf reagiert.

Wie wichtig diese Forderung ist, wurde deutlich, als der Geschäftsführer des DIW, Marcel Fratzscher,

alten Menschen das Wahlrecht aberkennen wollte, kurz nachdem er vorher ein verpflichtendes Soziales Jahr für Senioren forderte. Das ist zutiefst undemokratisch und diskriminierend. Dabei ist klar, dass bei den Wählern unserer Generation die geringste Zustimmung für radikale Parteien zu verzeichnen war. Klar ist, dass wir uns wieder mehr bei Bundes- und Landesparteitagen zu Wort melden. Als Senioren können wir uns nicht beklagen, dass wir zu oft übersehen werden, wenn wir uns nicht für unsere Anliegen zu Wort melden und kämpfen. Zu oft war es in der Vergangenheit so, dass wir von der CDU landauf und landab als wichtige Altersgruppe zwar gelobt, aber bei den Entscheidungen eher ignoriert wurden. Das werden wir ändern.

Es gilt der Grundsatz: „Keine Beschlüsse über Senioren ohne die Senioren(-Union)“. Wo über Themen entschieden wird, die das Leben älterer Menschen betreffen – von Rente über Pflege bis hin zu digitaler Teilhabe – da müssen Vertreterinnen und Vertreter unserer Organisation mit am Tisch sitzen. Unsere Expertise ist wertvoll, weil sie auf jahrzehntelanger Lebens- und Berufserfahrung gründet.

Nicht selten wird gelästert, wir würden doch nur Kaffee trinken und Fahrten machen. Ehrlich gesagt, bin ich sogar stolz darauf, dass sich die Senioren bei uns zum Gespräch treffen und etwas unternehmen. Das ist unser Mittel gegen die Bekämpfung der Einsamkeit und hat einen hohen sozialen Wert. Im Übrigen habe ich als ehemaliger Kreisvorsitzender der Jungen Union auch mit Fahrten und Feten Mitglieder gewonnen.

Die Senioren-Union steht für eine Politik, die auf Verantwortung, Verlässlichkeit und Werte baut. Sie erinnert daran, dass Fortschritt ohne Rücksicht auf die Generationen kein echter Fortschritt ist. Wenn wir sichtbar werden, gewinnen wir nicht nur politisches Gewicht, wir stärken auch das Vertrauen der Menschen in unsere Partei. Wir müssen wieder deutlicher zeigen: Die Senioren-Union ist keine Randorganisation, sie ist eine tragende Säule der CDU.

Damit unsere Anliegen wirkungsvoll vertreten werden, braucht es eine enge Verbindung zur Fraktion und zur gesamten Partei. Die Senioren-Union muss dort präsent sein, wo politische Entscheidungen vorbereitet und getroffen werden. Wir wollen gehört werden – nicht erst, wenn Entscheidungen gefallen sind, sondern von Anfang an, in den Gesprächen, in den Arbeitsgruppen, in den Programmen.

Unsere Mitglieder verfügen über ein großes Wissen, über Fachkenntnis und politische Erfahrung. Dieses Potenzial gilt es zu nutzen. Deswegen habe ich direkt nach meiner Wahl mit dem Fraktionsvorsitzenden der CDU/CSU Gespräche geführt und vereinbart, dass wir als Senioren-Union im ständigen Austausch bleiben. Ziel muss es sein, dass uns das auf allen

Ebenen von Europa über Bund und Länder bis in die Gemeinde gelingt.

Unsere Erfahrung ist kein Rückspiegel, sie ist ein Kompass für die Zukunft. Und weil das so ist, mischen wir uns auch in die allgemeine Tagespolitik ein. Gerade weil wir wissen, welche Katastrophen es in der Geschichte unseres Landes gab, haben wir uns zum Beispiel auch zum Kampf gegen Antisemitismus zu Wort gemeldet. Wir reden auch mit, wenn es um die Sicherheit in unseren Städten geht, denn nicht selten sind alte Menschen Opfer.

Besonders am Herzen liegt mir der Austausch mit der Jungen Union. Deshalb war ich auch auf dem JU-Deutschlandtag und habe dort ein Grußwort gesprochen. Auch hier suche ich das Gespräch mit dem Vorsitzenden, Johannes Winkel. Ich merke dabei, wieviele Gemeinsamkeiten wir haben. Und über die unterschiedlichen Standpunkte, die es auch gibt, wird dann eben sachlich gestritten. Aber genau das macht eine Volkspartei aus.

Ich wünsche mir, dass wir diese inhaltliche Arbeit in den kommenden Monaten noch weiter ausbauen. Jede Veranstaltung, jeder Vortrag, jede Diskussionsrunde trägt dazu bei, dass die Senioren-Union als kompetente Stimme wahrgenommen wird. Ich lade alle Mitglieder herzlich ein, sich daran aktiv zu beteiligen und ihre Ideen einzubringen. Die Senioren-Union wird auch in den kommenden Wahlkämpfen sichtbar und aktiv sein. Unsere Mitglieder sind erfahrene, glaubwürdige und engagierte Gesprächspartnerinnen und Gesprächspartner vor Ort. Sie wissen, was die Menschen bewegt, und sie sprechen Themen an, die andere oft übersehen.

Gerade die Generation über 60 entscheidet mit ihrer Stimme wesentlich über Wahlergebnisse. Diese Verantwortung nehmen wir ernst. Wir wollen den Kandidatinnen und Kandidaten der CDU mit Rat, Tat und Präsenz zur Seite stehen: Auf Veranstaltungen, an Informationsständen und im persönlichen Gespräch. Denn Demokratie lebt vom Mitmachen. Und wer, wenn nicht wir, kann mit Überzeugung sagen, dass Engagement, Verlässlichkeit und Erfahrung die Grundlage einer starken Partei sind?

Ich danke allen, die sich in der Senioren-Union engagieren und Verantwortung übernehmen. Gemeinsam machen wir deutlich: Erfahrung zählt – heute mehr denn je.



Serap Güler

Staatsministerin
im Auswärtigen Amt

„Sicherheit, Freiheit, Wohlstand: worauf es in der Außenpolitik jetzt ankommt“

Liebe Mitglieder der Senioren-Union, kaum eine Generation hat so eindrücklich erlebt wie die Ihre, dass Frieden und Freiheit nicht selbstverständlich sind. Viele von Ihnen erinnern sich an die Jahre des Kalten Krieges, an die Zeit der innerdeutschen

Teilung und an die glücklichen Momente, als die Mauer fiel und unser Land wiedervereint wurde. Für Ihre Kinder und Enkelkinder mag das manchmal weit weg erscheinen. Für Sie ist es gelebte Erfahrung.

Heute, drei Jahrzehnte nach der Wiedervereinigung, stehen wir wieder vor Fragen, die viele von uns längst überwunden glaubten: Kann man sich auf Frieden in Europa verlassen? Wie verteidigen wir unsere Demokratie, wenn sie von innen und außen unter Druck gerät? Und wie sichern wir unseren Wohlstand in einer Welt, die sich rasant verändert? Eines ist jedenfalls sicher: Frieden, Freiheit und Wohlstand sind keine Selbstverständlichkeiten, sie müssen Tag für Tag neu erarbeitet und verteidigt werden. Es gibt sie nicht zum Nulltarif.

Seit kurzem darf ich als Staatsministerin im Auswärtigen Amt Verantwortung tragen. Diese neue Aufgabe ist für mich nicht nur ein Amt, sondern ein Auftrag, gerade in dieser herausfordernden Zeit. Unsere europäische Friedensordnung steht unter Druck: Das transatlantische Gefüge verschiebt sich, autoritäre Mächte bauen ihren Einfluss aus, und Krisen vom Nahen und Mittleren Osten bis in den Indopazifik greifen ineinander. Im Auswärtigen Amt leiten uns bei all diesen Fragen drei Kerninteressen: **Sicherheit, Freiheit und Wohlstand**. Diese drei Ziele sind nicht voneinander zu trennen, sie bedingen einander. Ohne Sicherheit gibt es keine Freiheit. Ohne Freiheit keine dauerhafte Stabilität. Und ohne Wohlstand können weder Sicherheit noch Freiheit bestehen. Genau an diesem Dreiklang wird sich unsere Außenpolitik in den kommenden Jahren messen lassen müssen.

Für uns alle ist die schmerzhafteste Lehre der Gegenwart wohl der Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine. Vor zwei Jahren hätte kaum jemand geglaubt, dass in Europa wieder Panzer rollen, Städte zerbombt werden, Menschen schreckliches Leid erdulden müssen und dass ukrainische Kinder verschleppt, ihrer Familien beraubt und zur Waffe in einem zynischen Krieg gemacht werden. Das ist die brutale Realität. All das macht deutlich: Der Krieg

richtet sich nicht nur gegen die Ukraine, sondern gegen das Fundament von Sicherheit und Frieden in ganz Europa. Deshalb gilt: **Wir dürfen keine Müdigkeit zulassen.** Unsere Unterstützung der Ukraine bleibt notwendig: Militärisch, wirtschaftlich und humanitär. Viele erinnern sich noch, wie entscheidend die westliche Unterstützung in der Zeit des Kalten Krieges war. Heute ist es an uns, den Menschen in der Ukraine beizustehen, nicht nur aus Solidarität, sondern weil in ihrem Schicksal auch unsere eigene Sicherheit auf dem Spiel steht.

Ich will hier einmal ganz konkret werden: **Sicherheit** bedeutet heute mehr als militärische Stärke. Sie umfasst den Schutz vor Cyberangriffen und hybriden Bedrohungen, den Umgang mit neuen Technologien wie Künstlicher Intelligenz, den Schutz vor Terrorismus und organisierter Kriminalität und auch eine verantwortungsvolle Migrationspolitik. Migration beschäftigt viele Bürgerinnen und Bürger seit Jahren - zu Recht. Wir brauchen legale Zuwanderung von Fachkräften, um unseren Wohlstand zu sichern. Aber irreguläre Migration gefährdet den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Deshalb setzen wir auf klare Regeln: auf Rückführungsabkommen, digitale Visa-Verfahren, Migrationspartnerschaften. Sicherheit bedeutet an dieser Stelle auch Ordnung. Und zugleich gilt: Wer bei uns Schutz sucht, weil er vor Krieg oder politischer Verfolgung flieht, soll auf unser Asylrecht und unsere Solidarität vertrauen können

Und dann gibt es eine zweite Säule, die nicht verhandelbar ist: die **Freiheit**. Deutschland hat in seiner Geschichte erlebt, was es bedeutet, wenn Freiheit verloren geht: Diktatur, politische Willkür, fehlende Bürgerrechte. Ältere Generationen in diesem Land wissen noch aus eigener Anschauung, was es bedeutet, in einem geteilten Land zu leben: mit eingeschränkten Reisefreiheiten, mit Zensur, mit einem Staat, der seinen Bürgerinnen und Bürgern misstraute. Aber auch heute erleben wir weltweit, wie autoritäre Systeme erstarken. Russland und China versuchen, die völkerrechtsbasierte Ordnung umzubauen. In vielen Ländern werden Menschenrechte mit Füßen getreten. Selbst in Europa gibt es Tendenzen, demokratische Grundwerte infrage zu stellen. Deshalb ist es unser Auftrag, die Demokratie zu verteidigen, nach innen wie nach außen. Dazu gehört der Einsatz für Menschenrechte weltweit, etwa im Rahmen des UN-Menschenrechtsrats, und die Förderung von Wissenschafts- und Kulturfreiheit, denn Austausch und Bildung stiften Freiheit. Dazu gehört aber auch die Stärkung einer lebendigen Zivilgesellschaft, in der alle Bürgerinnen und Bürger mitgestalten können. Sie wissen, Freiheit bedeutet nicht Beliebigkeit. Sie ist gebunden an Verantwortung. Und sie braucht eine Generation, die sich bewusst an sie erinnert und mahnt, so wie Sie es tun.

Und letztlich unsere dritte Säule: **Wohlstand**. Unser Wohlstand in Deutschland ist nicht vom Himmel gefallen, sondern das Ergebnis von Jahrzehnten gemeinsamer Anstrengungen, von Fleiß und Zusammenhalt. Er ist die Basis, auf der Sicherheit und Freiheit stehen. Ohne wirtschaftliche Stärke können wir unsere Sicherheit nicht garantieren, unsere Bündnisse nicht stärken und unsere Gesellschaft nicht zusammenhalten. Globale Handelskonflikte, unsichere Lieferketten, Abhängigkeiten bei Rohstoffen oder Energie, Fachkräftemangel und Klimawandel stellen uns vor enorme Herausforderungen. Daher verfolgen wir drei konkrete Ziele:

Erstens, Abhängigkeiten verringern. Wir dürfen uns nicht erpressbar machen! Weder bei Gas aus Russland noch bei seltenen Erden aus China. Diversifizierung heißt das Stichwort. Zweitens, neue Partnerschaften aufbauen. Ob mit Lateinamerika, Afrika oder im Indopazifik, wir wollen neue Märkte erschließen und faire Handelsabkommen schließen. Und drittens: wir wollen den europäischen Binnenmarkt stärken. Mit 450 Millionen Menschen ist er unser größtes Pfund. Deutschland allein wäre zu klein, aber gemeinsam mit Europa können wir weltweit Gewicht haben. Wir müssen uns dabei nicht verstecken: Deutsche Unternehmen tragen dabei eine hohe Verantwortung. Sie schaffen nicht nur hier, sondern auch weltweit Arbeitsplätze, investieren in Bildung und zahlen faire Löhne. Das Modell der dualen Ausbildung exportieren wir heute in andere Länder, ein Beitrag zu Wohlstand und Stabilität auch anderswo.

Zusammenhalt über Generationen hinweg

Ihre Generation hat den Wiederaufbau nach dem Krieg getragen, sie hat den Kalten Krieg überstanden und die deutsche Einheit miterlebt. Sie haben unserem Land Stabilität gegeben, in Zeiten, die alles andere als stabil waren. Heute tragen wir die Verantwortung, diese Errungenschaften zu bewahren. Damit Ihre Kinder und Enkel in einem sicheren, freien und wohlhabenden Land leben können. Damit Deutschland ein verlässlicher Partner bleibt, in Europa und in der Welt. Dafür setze ich mich jeden Tag im Auswärtigen Amt ein. Mit Entschlossenheit, mit Augenmaß und mit dem Bewusstsein, dass wir nur gemeinsam stark sind.



Elisabeth Winkelmeier-Becker MdB

Zum Umgang mit der AfD

Wie umgehen mit der AfD? Das wird derzeit kontrovers diskutiert. Von der von Bundeskanzler Merz versprochenen Halbierung ist nicht mehr die Rede, in Umfragen liegt die Partei mittlerweile gleichauf mit der Union und hat gute Chancen bei den in 5 Ländern anstehenden

Landtagswahlen im kommenden Jahr. Bereits jetzt zählt die AfD 151 von 630 Bundestagsabgeordneten. Sachsen stellt 10 direkt gewählte AfD-Mandatsträger, nur vier bzw. drei Kollegen kommen über die Listen von CDU und SPD. Auch nach dem Regierungswechsel und spürbaren Veränderungen der Migrationspolitik sind die Umfragewerte weiter gestiegen. Dabei hat das Bundesamt für Verfassungsschutz mittlerweile die gesamte Partei als „gesichert rechtsextrem“ eingestuft, frühere Einstufungen einzelner AfD-Landesverbände sind bereits rechtskräftig bestätigt. Grund dafür ist nicht nur ein ethnisch-völkisches, rassistisches Menschenbild, das mit unserem Grundgesetz nicht vereinbar ist. Die AfD steht gegen tragende Grundsätze wie Westbindung und NATO-Mitgliedschaft, EU-Mitgliedschaft und den Euro als gemeinsame Währung. Sie will das Vertrauen in die demokratischen Institutionen, das Parlament, die unabhängige Justiz, in Wissenschaft und Medien untergraben; das erleben wir in unzähligen Beispielen im Deutschen Bundestag. Die unverhohlene Nähe zu Putin gibt Anlass zu konkretem Spionageverdacht, wenn das parlamentarische Fragerecht genutzt wird, um Detailinformationen zu unserer kritischen Infrastruktur zu erlangen. Ein enger Mitarbeiter des AfD-Abgeordneten Krah ist der Spionage für China überführt.

Bundeskanzler Merz hat sich deshalb klar und glaubwürdig von jeder Zusammenarbeit mit der AfD distanziert. Trotzdem wird weiterhin diskutiert, ob die Tolerierung einer Minderheitsregierung oder wechselnde Mehrheiten eine Option sein könnten. Hier ist meine klare Auffassung: eine Mehrheit für Gesetze oder Projekte muss immer ohne maßgebliche AfD-Beteiligung zustande kommen! In jeder Koalition ist das eine Selbstverständlichkeit: Wir müssen uns im Bund mit der SPD einigen, dann haben wir eine Mehrheit und es kommt auf die AfD nicht an. Ein Alleingang ohne SPD wäre ein Koalitionsbruch mit weit reichenden Folgen - wer will das riskieren? Unsinn ist, dass dies zur „linken Geiselhaft“ führe: Auch in starken Unionszeiten etwa nach der Wahl 2013 ohne AfD im Bundestag mussten in der damaligen GroKo

Kompromisse mit der SPD gefunden werden, die dann von Grünen und Linken noch als „rechts“ kritisiert wurden. Einem Antrag der AfD wird prinzipiell nicht zugestimmt; wenn er eine wirklich überzeugende neue Idee enthält, können die anderen Parteien mit ihrer Mehrheit ihrerseits einen modifizierten Antrag auf den Weg bringen.

Zugleich erleben wir, dass eine politische Auseinandersetzung mit der AfD fast unmöglich ist, weil sie ohne jede Rücksicht auf Fakten, etwa auf die physikalischen Zusammenhänge des Klimawandels oder die neue Bedrohung durch Russland und den Rückzug der USA immer nur die Aspekte herauspickt, die gerade in ihre Theorie passen. Ein populistisches „Wir gegen die da oben“ prägt dabei die Rhetorik, die sich mit sachlichen Argumenten nicht aufhält. Social Media wird genutzt, um einseitig und falsch zu informieren, zu manipulieren und mit Verschwörungstheorien zu verunsichern. Jüngstes Beispiel: Falschinformationen zum WHO-Vertrag zu besserer Zusammenarbeit bei Pandemien.

Erfahrungen anderer Länder, eindrucksvoll zuletzt in den Niederlanden, und eine neue Studie der Humboldt-Universität zeigen: Wenn Mitte-Rechts-Parteien ihre klare Abgrenzung zu rechtsextremen Parteien aufgeben, werden sie marginalisiert: Viele Anhänger wechseln dann direkt zum Original; zugleich wenden sich Wähler und Mitglieder aus dem Spektrum der politischen Mitte von der christdemokratischen bzw. bürgerlichen Partei ab. Ganz ausdrücklich erklärt die AfD die Zerstörung der Union zum politischen Ziel - denn sie weiß, dass gerade uns als starker und erfahrener christdemokratischer Regierungspartei eine maßgebliche Rolle für die Stabilität unserer Demokratie zukommt!

Wir müssen deshalb das Vertrauen der Menschen zurückgewinnen: 70% der AfD-Wähler wollen mit ihrem Kreuzchen ihre Kritik und Enttäuschung an der bisherigen Politik dokumentieren. Es gilt, die Probleme klar zu benennen - ohne AfD-Rhetorik und ohne Schlechtreden unseres Landes, die AfD inhaltlich zu stellen sowie die Gefahren einer totalitären Entwicklung aufzuzeigen! Selbst nicht zu viel versprechen, Abstiegsängste ernst nehmen, Sicherheit bieten, demokratische Mitbewerber nicht verdammen.

Unabhängig davon stellt sich die Frage nach einem Verbotsverfahren. Artikel 21 GG sieht die Möglichkeit eines Verbots für Parteien vor, die „nach ihren Zielen oder nach dem Verhalten ihrer Anhänger darauf ausgehen, die freiheitliche demokratische Grundordnung (FDGO) zu beeinträchtigen oder zu beseitigen oder den Bestand der Bundesrepublik Deutschland zu gefährden“. Die Väter und Mütter des Grundgesetzes wussten: Auch eine demokratisch gewählte Partei kann die Demokratie gefährden. Und es kann sein, dass der politische Wettbewerb nicht ausreicht, um

Populismus und Extremismus in Schach zu halten. Dann müssen Demokratie und Rechtsstaat wehrhaft sein. Antragsberechtigt sind die Bundesregierung, der Bundesrat und der Bundestag. Meines Erachtens sollten alle gemeinsam nun Fakten und Erfahrungen mit der AfD und ihren Protagonisten zusammentragen und einen Antrag an das Bundesverfassungsgericht vorbereiten. Dem Gericht allein stünde die Entscheidung zu, ein Verbot auszusprechen - für den gesamten Bundesverband oder zumindest für einzelne Landesverbände. Das Verfahren kann 2-3 Jahre in Anspruch nehmen; deshalb muss das Zeitfenster bald genutzt werden, um noch vor der nächsten Bundestagswahl ein Ergebnis zu bekommen. Gibt es nachvollziehbare Bedenken? Ja: die willkommene Opferrolle, der Vorwurf, man entledige sich eines politischen Mitbewerbers, der unsichere Ausgang. Dennoch: Gemessen an den Maßstäben des Bundesverfassungsgerichts in früheren Verbotsverfahren sind die Erfolgsaussichten gut! Vor allem aber müssen wir das Risiko bedenken, wenn wir nicht handeln und eine politische Trendumkehr weiterhin nicht gelingt. Wie schnell eine stabil erscheinende Demokratie erodiert, sehen wir derzeit in den USA. Unsere Verantwortung ist es, dergleichen in Deutschland und Europa zu verhindern.



Björn Franken

Mitglied des Landtags NRW

Mein Blick auf den digitalen Wandel – für Teilhabe in jedem Alter

Liebe Leserinnen und Leser,
liebe Bürgerinnen und Bürger des Rhein-Sieg-Kreises,

die fortschreitende Digitalisierung sowie die Künstliche Intelligenz (KI) als Ausprägung dieser sind in aller Munde und prägen schon heute unseren Alltag. Als Abgeordneter aus dem ländlichen Raum und digitalpolitischer Sprecher der CDU-Landtagsfraktion in Nordrhein-Westfalen sind mir gerade auch die Sorgen und Herausforderungen, mit welchen sich insbesondere ältere Menschen und Senioren oftmals konfrontiert sehen, gut bekannt sowie ein zentrales Anliegen. Ausgangspunkt jeder Überlegung ist immer die mittlerweile unüberwindbare Gewissheit, dass wir angesichts Demographie und wirtschaftlichem Wandel als Gesellschaft und auch als Land NRW auf Digitalisierung und Künstliche Intelligenz angewiesen sind. Dies betrifft nahezu ausnahmslos alle Lebensbereiche.

Als Land Nordrhein-Westfalen wollen wir unter dem Motto „Von der Kohle zur KI“ diesen Wandel aktiv mitgestalten und zu einem der führenden Standorte für Künstliche Intelligenz werden. Dies ist dabei – und das ist entscheidend – kein Selbstzweck. Für uns als CDU-Fraktion und Landesregierung in Nordrhein-Westfalen ist vielmehr klar: Digitalisierung soll dem Menschen dienen und dabei seine Würde und Einzigartigkeit in den Mittelpunkt stellen. Als handlungsleitende Konsequenz ziehen wir daraus, dass wir bei diesem notwendigen Prozess gerade die älteren Menschen nicht zurücklassen dürfen. Dieser Prozess für ältere Menschen sogar ein mögliches Mittel zur Selbstständigkeit und Teilhabe. So kann KI beispielsweise bei der Auswertung von Befunden und im Bereich der Frühdiagnostik einen wesentlichen Beitrag leisten. Auch in ländlichen Regionen Nordrhein-Westfalens, in denen zum Teil Fachärzte fehlen, kann Digitalisierung beispielsweise durch Telemedizin bestehende Versorgungslücken schließen. Auf diese Weise kann für viele Menschen ein selbstbestimmtes Leben in den eigenen vier Wänden länger möglich sein.

Gleichzeitig will ich neben den vielen Vorteilen nicht verhehlen, dass dieser unausweichliche und sich sehr schnell vollziehende Prozess gerade die älteren Menschen in unserer Gesellschaft im Alltag oft vor enorme Herausforderungen stellen kann. Die Landesregierung hat dies erkannt und will mit einer Vielzahl konkreter Maßnahmen sicherstellen, dass die Digitalisierung nicht zum Ausschluss einzelner Menschen führt. Dazu gehören als wesentliche Bausteine „Bildung und Qualifizierung“ sowie – wann immer es umsetzbar ist – eine „Wahlmöglichkeit“. Für mich ist es besonders mit Blick auf die Verwaltungsdigitalisierung entscheidend, dass ältere Menschen nicht gezwungen sein dürfen, die sie betreffenden Verwaltungsleistungen ausschließlich digital wahrnehmen zu müssen. Es ist zur Sicherstellung von Teilhabe und Selbstständigkeit demnach gerade erforderlich, dass in den Ämtern weiterhin auch Mitarbeiter für den direkten Kontakt und die Anliegen – gerade älterer Menschen – ansprechbar bleiben. Als digitalpolitischer Sprecher der CDU-Landtagsfraktion und Familienmensch werde ich mich hierfür weiterhin einsetzen.

Nicht weniger wichtig ist es aber, Angebote zu schaffen, durch die Menschen, die mit Digitalisierung bislang wenig Berührungspunkte haben, auf freiwilliger Basis Befähigung sowie Qualifizierung erfahren können. Das Land Nordrhein-Westfalen ist daher unter anderem dem „DigitalPakt Alter“ beigetreten. Diese Initiative der Bundesarbeitsgemeinschaft der Seniorenorganisationen und des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend fördert

sogenannte Erfahrungsorte, bei denen ältere Menschen niedrigschwellig und regional Digital-Kompetenzen erwerben können. Dieses Bundesprogramm ermöglicht auch in Nordrhein-Westfalen ein breites Angebot von Initiativen und Veranstaltungen mit dieser Zielsetzung. Auch die Sozialstiftung Nordrhein-Westfalen bietet beispielsweise „Tablet-Schulungen für lebenserfahrene Generationen“ an. Seniorinnen und Senioren aus NRW sollen dadurch digitale Kontakte pflegen sowie digitale Angebote von zuhause nutzen können. Seitens der Volkshochschulen in NRW gibt es bereits an vielen Standorten eine „Digital-Sprechstunde für Seniorinnen und Senioren“. Hierbei können Einzelberatungen stattfinden sowie konkrete Fragen und Problemstellungen am eigenen Gerät erörtert werden. Durch dieses Angebot können entsprechend auch ganz individuelle Fragen angesprochen und gelöst werden.

In meiner weiteren Funktion als Vorsitzender der im November 2024 eingesetzten Enquetekommission Künstliche Intelligenz begleiten wir den Prozess zu einem „smarten“ und digitalen Staat eng und widmen uns mit interdisziplinärer Expertise auch den Fragen rund um Sicherheit und Ethik sowie der Bedeutung von KI für den Alltag der Menschen – gleich welchen Alters. Es geht letztlich um einen verantwortungsvollen Einsatz von Künstlicher Intelligenz, um damit den Wohlstand sowie die Lebensqualität unserer Bürgerinnen und Bürger langfristig zu sichern. Das Wohl sowie die Teilhabe der Menschen stehen dabei an erster Stelle.

Ich bin davon überzeugt, dass wir den oben skizzierten Weg entschlossen und gemeinsam weiter beschreiten müssen. Mit einer bürgernahen Verwaltung und niedrigschwelligen Angeboten zur Erlangung von Digitalkompetenzen kann dieser Prozess in gelingender Weise gestaltet werden. Auf diesen weiteren Weg sowie auf den Austausch mit Ihnen freue ich mich und wünsche Ihnen und Ihren Familien ein frohes und gesegnetes neues Jahr 2026.



Anette Moesta Mdl,
seniorenpolitische Sprecherin der CDU-Landtagsfraktion Rheinland-Pfalz

Teilhabe im Alter sichern – eine gemeinsame Aufgabe über Landesgrenzen hinweg

Teilhabe im Alter bedeutet weit mehr als finanzielle Sicherheit. Sie entscheidet darüber, ob Menschen in jeder Lebensphase dazugehören – in ihrer Nachbarschaft, in der Gemeinde, in unserer Gesellschaft. In Rheinland-Pfalz wie auch im benachbarten Nordrhein-Westfalen

geht es darum, Bedingungen zu schaffen, die älteren Menschen ein selbstbestimmtes und würdevolles Leben ermöglichen – unabhängig von Einkommen, Gesundheit oder Wohnort.

Wer sein Leben lang gearbeitet, Kinder erzogen oder Angehörige gepflegt hat, verdient im Alter Respekt und Unterstützung. Aber Teilhabe hängt von vielen Faktoren ab: vom bezahlbaren Wohnen, von erreichbarer ärztlicher Versorgung, von funktionierender Mobilität, vom Zugang zu digitaler und sozialer Infrastruktur. Gerade dort, wo Strukturen dünner werden, droht der Rückzug – nicht nur aus finanziellen, sondern auch aus gesundheitlichen oder sozialen Gründen.

Was heißt „Teilhabe“ konkret?

Teilhabe beginnt bei der Frage, ob Miete, Heizung, Strom und das tägliche Leben bezahlbar bleiben. Sie reicht aber weiter: Führt der Bus zum Arzt, zur Kirchengemeinde oder zum Seniorentreff? Kann eine 78-Jährige eine Wohnungstür ohne Stufe öffnen, ein Formular ausfüllen – auch ohne digitale Vorkenntnisse? Und wird sie nicht allein gelassen, wenn das Leben komplizierter wird?

Einsamkeit, gesundheitliche Einschränkungen und Altersarmut können sich gegenseitig verstärken. Deshalb müssen wir die Themen Einkommen, Wohnen, Gesundheit, Mobilität und Begegnung gemeinsam denken – als Grundlage sozialer Teilhabe.

Fünf Hebel für mehr Teilhabe im Alter

1. Einkommen sichern und Beratung stärken.

Wo die Rente oder das Einkommen nicht reichen, müssen Zugänge zu Leistungen wie Wohngeld und Grundsicherung unbürokratisch möglich sein – ohne Scham oder Angst vor Formularen. Seniorenbüros und kommunale Beratungsstellen sind hier unverzichtbar.

2. Bezahlbares, barrierefreies Wohnen fördern.

Wer im vertrauten Umfeld bleiben kann, bleibt länger selbstständig. Wohnraumanpassung, Umbauförderungen und altersgerechte Quartiersentwicklung sind zentrale Elemente für Teilhabe.

3. Gesundheit und Pflege wohnortnah sichern.

Ärztliche Versorgung, Pflegedienste und Beratung müssen erreichbar bleiben – besonders im ländlichen Raum. Mobile Praxen, kommunale Gesundheitsketten und verlässliche Unterstützungsangebote verhindern Isolation und Überforderung.

4. Mobilität ermöglichen.

Teilhabe braucht Bewegung. Wenn der Bus nicht fährt, wird das Leben teurer und einsamer.

Barrierefreie Haltestellen, Rufbusse und günstige Seniorentickets sind Daseinsvorsorge – kein Luxus.

5. Begegnung fördern – Engagement stärken.

Begegnungsorte, Vereine, Kirchengemeinden und Nachbarschaftsinitiativen schaffen Halt und Gemeinschaft. Ihr Engagement verdient Unterstützung – finanziell, organisatorisch und mit weniger Bürokratie.

Was Länder und Kommunen leisten können, auch wenn viele Regelungen auf Bundesebene liegen, haben Länder und Kreise große Verantwortung: Sie können Beratungsstrukturen stärken, Wohnraumförderung auf Barrierefreiheit ausrichten, Pflege und Gesundheit regional vernetzen, Mobilität sichern und digitale Teilhabe ermöglichen – mit analogen Alternativen. Voraussetzung bleibt, dass Kommunen finanziell handlungsfähig sind.

Zwischen dem Rhein-Sieg-Kreis und meinem Wahlkreis Andernach–Mendig–Pellenz unterscheiden sich die Landkarten, nicht aber die Menschlichkeit der Aufgabe. Deshalb setze ich auf den Austausch guter Lösungen über Landesgrenzen hinweg – voneinander lernen, anstatt nebeneinanderher zu arbeiten.

Digitalisierung: Türöffner statt Stolperstein - Digitale Angebote erleichtern das Leben – wenn niemand zurückgelassen wird. Unterstützung durch „Digital-Lotsen“, leicht verständliche Verwaltungsportale und alternative analoge Wege sind entscheidend, um digitale Spaltung zu verhindern.

Mein Kompass „Würde im Alter misst sich daran, ob wir Hürden aus dem Weg räumen: die Stufe am Hauseingang, das zu komplizierte Formular, den ausgedünnten Busfahrplan und die Angst, um Hilfe zu bitten.“ Das ist mein christdemokratischer Maßstab. Politik muss Brücken bauen – zwischen Generationen, Regionen und Lebensrealitäten.

Wir werden nicht mit einer einzigen Maßnahme alle Probleme lösen. Aber wir können heute Entscheidungen treffen, die morgen spürbar sind: Verlässliche Beratung, mehr barrierefreier Wohnraum, erreichbare Versorgung, bezahlbare Mobilität und lebendige Orte der Begegnung. Dafür setze ich mich ein: In Rheinland-Pfalz, im engen Austausch mit unseren Freunden in Nordrhein-Westfalen und mit Blick auf alle, die unser Land mit ihrer Lebensleistung tragen.



Ulrich Tondar,
Siegburg

1944: Ein Feind wird zum Friedensstifter Westerwälder versteckten Zwangsarbeiter vor der SS

Im August 1944 arbeiteten sechs Millionen Menschen, die meisten aus Polen und der Sowjetunion, zwangsweise in Deutschland, davon ein Drittel Frauen und Mädchen; dazu kamen zwei Millionen Kriegsgefangene. Insgesamt also etwa acht Millio-

nen Zwangsarbeiter mussten unter meist menschenunwürdigen Bedingungen als Ersatz für die abwesenden deutschen Männer, die als Soldaten in der Fremde eingesetzt waren, in Rüstungsfabriken oder auf Bauernhöfen arbeiten. Leider gibt es keinen für den damaligen Siegkreis oder heutigen Rhein-Sieg-Kreis maßgeblichen Bericht über die Gesamtzahl der Zwangsarbeiter, ihre Lebensbedingungen und ihre Schicksale. Lediglich liegt seit dem Jahre 2005 eine entsprechende Ausarbeitung von Dr. Peter Zenker vor, die sich detailliert mit der Situation der Fremd- und Ostarbeiter, wie die Menschen damals auch genannt wurden, in Siegburg befasst. 3.048 Männer und Frauen hat er gezählt, die meisten – 2.864 – schufteten unter erbärmlichsten Bedingungen in den Hallen der Rheinischen Zellwolle AG, den PHRIX-Werken, nachzulesen im Internet unter www.peter-zenker.de.

Es gibt zwar weitere Einzelberichte über das Leben der Zwangsarbeiter an Sieg und Rhein, aber wie bereits erwähnt, keine zusammenfassende Beschreibung. Und wie wichtig wäre eine solche Dokumentation für die nachfolgenden Generationen, damit nie wieder ein solcher Missbrauch von Menschen durch staatliche Institutionen – mit kritikloser Duldung durch die Bevölkerung – geschieht. Wer ergreift dazu die Initiative?

Bei einer systematischen Aufarbeitung des schrecklichen Geschehens zum Ende des zweiten Weltkrieges würde noch einmal bewusst, welch teuflische Ideologie der Politik der Nationalsozialisten zugrunde lag. Den Zwangsarbeitern wurden keine Rechte zuerkannt, ihre Würde wurde bewusst mit Füßen getreten. Als die Überlebenden nach dem 8. Mai 1945 wieder in ihre Heimat zurückkehren konnten, waren sie voller Hass auf den deutschen Staat, der ihnen wertvolle Jahre ihres Lebens geraubt hatte. Nur ganz wenige gingen mit einer gewissen Dankbarkeit im Herzen wieder zurück, weil sie in aller Heimlichkeit wie Familienmitglieder behandelt wurden, zum Beispiel in Bauersfamilien auf dem Lande.

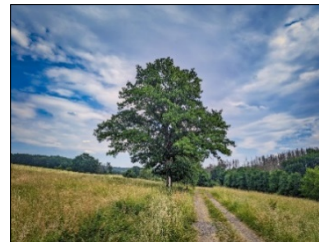


Aimé Portal (Mitte),
Soldat der französischen Armee; nach
seiner Gefangennahme kam er als
Zwangsarbeiter nach Krumscheid

Einer davon war Aimé Portal, ein Winzer aus Bagnoles, einem Dorf in Südfrankreich. Als Mitglied der französischen Armee geriet er am 21. Juni 1940 in deutsche Gefangenschaft. Im Jahre 1942 wurde er der Bauernfamilie Balensiefen in dem damals aus 17 Häusern bestehenden Dorf Krumscheid bei Asbach als

Zwangsarbeiter zugewiesen. Mit ihm kamen zwei weitere Franzosen, aber auch Frauen und Männer aus der Ukraine und Russland. Die Krumscheider Familien hielten sich nicht an die strengen, mit schweren Strafen bedrohten Auflagen der Nationalsozialisten, alle persönlichen Kontakte mit den Zwangsarbeitern zu vermeiden und sie wie Menschen zweiter Klasse zu behandeln. In diesem Punkt waren sich die Westerwälder im Dorf einig, die Fremden wurden, nicht nur was das Essen und die Schlafgelegenheiten anbetraf, wie Familienmitglieder behandelt. Allerdings durften die Franzosen nicht über Nacht in Krumscheid bleiben, sie wurden jeweils am Abend vom Ortsvorsteher in das benachbarte Schöneberg geführt, ein Tanzsaal diente dort als Schlafstätte. Diese Absonderung aber konnte nicht verhindern, dass zwischen dem Bauer Johann Balensiefen und dem Winzer Aimé Portal eine dauerhafte Freundschaft entstand. Das tägliche Miteinander wurde gefördert durch die französischen Sprachkenntnisse, die sich der Westerwälder Jahre vorher während seiner Mitarbeit beim Bau des Castillon-Staudamms in der französischen Provence erworben hatte. „Sie wurden echte Freunde“ erinnert sich Regina Baum, eine Tochter von Johann und Regina Balensiefen, die heute im Seniorenzentrum „Haus Teresa“ in Asbach lebt und ergänzt: „Aimé war fleißig und immer gut gelaunt“. Im Winter 1943/44 sollte er auf Veranlassung der Bäuerin auf einer Wiese zwei Faulbaumbüsche abholzen. Er machte sich sofort an die Arbeit, stellte aber schnell fest, dass im Mittelpunkt einer der Büsche eine kleine Eiche stand, etwa zwei Zentimeter dick und einen Meter hoch. Aimé bat Frau Balensiefen, das Bäumchen stehen lassen zu dürfen als „Zeichen einer künftigen Freundschaft zwischen Deutschen und Franzosen“, die gerne zustimmte. Und diese Vision eines einfachen Winzers während des noch tobenden Weltkrieges, in dem sich Deutschland

und Frankreich unerbittlich als Erzfeinde gegenüberstanden, ist es wert, auch mehr als 80 Jahre danach in der Öffentlichkeit in Erinnerung gerufen zu werden; eine mutige Vorausschau in die Zukunft, die im Jahre 1963 mit der Unterzeichnung des deutsch-französischen Freundschaftsvertrages Realität wurde und der sich bis heute bestens bewährt hat. Aber im Frühjahr 1945 war das Leben von Aimé Portal und der anderen ausländischen Arbeitskräfte in Krumscheid in höchster Gefahr. Suchtrupps der SS zogen durch die Dörfer des Westerwaldes und fahndeten nach Zwangsarbeitern, um diese als Geiseln im Kampf mit den amerikanischen Truppen oder als Arbeitskräfte zum Bau von Abwehranlagen an den sich immer wieder neu bildenden Fronten zu verwenden. Mit Hilfe der Bewohner von Krumscheid versteckte sich Aimé Portal mit anderen Leidensgenossen drei Wochen lang in der kleinen Höhle „Goldloch“ im benachbarten Mehrbachtal. Die Balensiefens und ihre Nachbarn versorgten sie im Schutze der Nacht mit Decken und Nahrungsmitteln. Dazu gehörte viel Mut, denn die Spürhunde der SS verfolgten misstrauisch die Einwohner auf Schritt und Tritt. Am 25. März 1945, als eine amerikanische Brigade das Dorf besetzte, konnte das Versteckspiel beendet werden. Nach fast fünf Jahren Gefangenschaft und Zwangsarbeit brach Aimé Portal wieder in Richtung Heimat auf. Bald schrieb er der Familie Balensiefen einen Brief, in dem er sich für die gute Behandlung während seiner Gefangenschaft im Krumscheid bedankte.



Die Friedenseiche am Wanderweg in der Nähe von Krumscheid, gewachsen wie die deutsch-französische Freundschaft-

In den folgenden Jahrzehnten wuchs die kleine Eiche am Rande des Wiesengrundstücks der Familie Balensiefen zu einem stattlichen Baum heran.

Weil die Weissagung des ehemaligen Zwangsarbeiters, dass Franzosen und Deutsche bald freundschaftlich verbunden

sein werden, sich immer weiter verbreitete und schließlich durch den Freundschaftsvertrag der beiden Staaten von 1963 bestätigt wurde, fand der Volksmund für den Baum den Namen „Friedenseiche“.

Er wurde zu einem beliebten Treffpunkt von Wandernern, eine Holzbank und ein Tisch laden seit vielen Jahren zum Verweilen und Erinnern an das schlimme Geschehen während der Herrschaft der Nationalsozialisten ein. Auch in dem kleinen Winzerdorf Bagnoles gerieten die Ereignisse während des zweiten Weltkrieges nicht in Vergessenheit. Inzwischen führt Gabriel Portal die Arbeit seines Großvaters als Winzer fort. Im Jahre 2017 kam er mit seiner Familie

erstmal in den Westerwald, um die Nachfahren von Johann und Regina Balensiefen persönlich kennenzulernen. Und was brachten sie als Präsent mit? Eine Kiste des von ihnen produzierten Weins. Und was man mit Worten nur aufwendig beschreiben, sondern mit dem Herzen ohne große Erläuterungen eher verstehen kann, ist die Symbolik, die von diesen Flaschen ausgeht: Die Friedenseiche von Krumscheid ziert die Etiketten. Teilnehmer einer Wandergruppe, die kürzlich unter der „Friedenseiche Rast machte, würde „gern eine Flasche Präsident Putin in Moskau spendieren, damit er dem guten Beispiel des Zwangsarbeiters Aimé Portal folgt und die Menschen in der Ukraine wieder in Frieden leben lässt“. Ein naiver Wunsch, vielleicht? Aber eine Vision nach der Art des Zwangsarbeiters und Winzers Aimé Portal.

Weitere Informationen zur Friedenseiche bei Krumscheid unter spacetaxi+eiche@gmail.com

Aus den Ortsvereinigungen:

Seniorenunion Alfter bei den Vereinten Nationen auf dem UN Campus Bonn

Am 16. September krönte die Senioren-Union Alfter ihr diesjähriges exquisites Programm mit einem Besuch bei den Vereinten Nationen. Alle Teilnehmer zeigten sich beeindruckt von der Qualität des Vortragenden, der sich offensichtlich im Vorfeld auf die Besuchergruppe eingestellt hatte und uns mit seinen Detailkenntnissen überraschte. Nach einem Überblick über das System „Vereinte Nationen“ mit seinen zahlreichen Organisationen, Untergruppierungen und Gremien verdeutlichte er, dass die Vereinten Nationen im Grunde auf jedem internationalen Politikfeld vertreten sind, selbst in Bereichen, die man nicht unbedingt dort verorten würde, wie z. B. der Weltpost-Union WPU oder der internationalen Luftfahrtbehörde IATA, die beide die internationalen Standards für das jeweilige Feld setzen.

Auf besonderen Wunsch der Seniorenunion Alfter ging der Vortragende dann ausführlich auf die Vereinten Nationen in Bonn ein. Dies umfasste die Entstehungsgeschichte, die Infrastruktur und die Aufgaben vor Ort. Die Entwicklung des VN-Standortes Bonn kann mit Recht als Erfolgsgeschichte bezeichnet werden. Nach den Beschlüssen für den Ausbau der Hauptstadt Berlin und den Kompensationsüberlegungen für Bonn gelang es rasch, die Vereinten Nationen für eine Stationierung in Bonn zu überzeugen. Die Aufgaben konzentrieren sich hier schwerpunktmäßig auf den Klima- und Umweltschutz bei zurzeit ca. 1200 Mitarbeitern. Mittelfristig wird mit einem weiteren Personalaufwuchs gerechnet.

Nach einer intensiven Frage- und Antwortrunde durfte unsere Gruppe die Aussicht aus dem 29. Stock des Langen Eugens rund über Bonn genießen. Dies stellte den Abschluss einer rundum gelungenen Weiterbildung für alle Teilnehmer dar.

Deutsche Außenpolitik in Zeiten weltweiter Krisen

Die Senioren-Union Mittelrhein hatte geladen und rund 150 Gäste waren zum Vortrag gekommen, Kreisvorsitzender Dr. Dieter Braun moderierte die Veranstaltung.



Nach einem Grußwort von Dr. Wolfgang Gärtner, dem Vorsitzenden der Senioren-Union Mittelrhein analysierte Dr. Röttgen brillant die notwendige europäische Sicherheitsarchitektur, die es erlauben würde, Putins Imperialismus zu stoppen. Gekonnt erläuterte er, warum es unabdingbar ist, als geschlossenes Europa aufzutreten und die Abhängigkeit von den USA zu verringern. Punktgenau zeigte er auf, wie es zur derzeitigen schwachen Position Europas kam und wie Europa mit einem wieder erstarkenden Deutschland Chancen erhält, wieder Bedeutung zu erlangen.



Wie immer sprach Dr. Röttgen rhetorisch hervorragend und mit immenser Kompetenz. Ein außenpolitisches Juwel aus dem Rhein-Sieg-Kreis.

Die Senioren-Union Niederkassel auf großer Hafentour in Köln



(GBe) Trotz großer Hitze machten sich 32 Teilnehmende der Senioren-Union Niederkassel im Rahmen ihres wirtschafts- und kulturpolitischen Programms auf den Weg zu einer großen Rundfahrt durch die Kölner Häfen mit der „MS Rheinperle“.

Bereits in der Antike war der Rhein ein wichtiger Handelsweg. Seit etwa 50 n. Chr. befand sich an einem alten Rheinarm zwischen Groß St. Martin und der heutigen Philharmonie ein römischer Hafen für den Import von Wein, Öl, Fischsauce und anderen Gütern aus dem mediterranen Raum. Im Mittelalter sicherte das Stapelrecht den Reichtum von Köln und den Status als bedeutenden Handelszentrum nördlich der Alpen. 1898 entstand im Zuge der Industrialisierung der moderne Rheinauhafen. Mit Deutz und Mülheim kamen neue Stadtteile und neue Häfen hinzu. In den 1920er Jahren wurde auf Initiative von Oberbürgermeister Konrad Adenauer mit dem Bau des Hafens Niehl im Kölner Norden begonnen. Heute gehören die Kölner Häfen zum zweitgrößten Binnenhafen Deutschlands. Der Rhein ist die wichtigste Wasserstraße Europas, über ihn werden 80 Prozent der auf Wasserwegen beförderten Güter transportiert.

Anstelle des mittelalterlichen Rheinauhafens an der Rheininsel „Werthchen“ wurde 1896 ein moderner Handelshafen in Betrieb genommen. Dieser verfügte über ein Zollamt, eine Hafenfeuerwache, Lagerhäuser und einen Gleisanschluss an den Godorfer Hafen und war bis 1951 der wichtigste der vier Kölner Häfen. Durch den Ausbau des Hafens Niehl I verlor er zunehmend an Bedeutung, ab 1971 waren die veralteten Hafenanlagen ohne Verwendung. Im Hafenbecken ankern heute Freizeitboote. Das Hafenareal präsentiert sich als attraktives Wohn- und Arbeitsquartier und als beliebter Standort vieler Events. Sein markantes Architekturmerkmal sind die sogenannten Kranhäuser. Diese drei Gebäude, die wie umgedrehte Kräne aussehen, sind ein Wahrzeichen am Rheinufer von Kölns südlicher Altstadt.

In Ergänzung zur Handelsfunktion des Rheinauhafens entstand der Industriehafen in Köln-Deutz, geprägt durch die Großmühle „Ellmühle“. Die Wasseroberfläche zwischen dem Poller Werth und dem Deutz-

Poller-Ufer bot einen nahezu natürlichen Hafen. Das kleine nördliche Becken diente als Schutzhafen bei Hochwasser. Das südliche Becken fungierte als Industriehafen mit drei schweren Kränen, zwei Verladebrücken und Silos für Getreide. Auf dem Areal des ehemaligen Industriehafens plant die Stadt Köln ein neues Stadtquartier mit Wohnungen, Arbeitsplätzen, Schulen, Gastronomie sowie Kultur- und Freizeitangeboten.

Seit 1880 ist der Mülheimer Hafen in Betrieb. Zeitgleich mit der Errichtung eines Schutzhafens vor Hochwasser baute die Stadt Mülheim das nördliche Rheinufer zu einem Hafen für die Betriebe der chemischen Industrie und Maschinenbauindustrie im Mülheimer Süden aus, u. a. für den ehemaligen Weltkonzern „Felten und Guillaume“. Im Mai 2000 wurde der Güterumschlag beendet, doch der Mülheimer Hafen blieb ein aktiver gewerblicher Hafen. Im westlichen Hafenbecken befinden sich Liegeplätze für Kontroll- und Arbeitsboote von Landes- und Bundesbehörden. Am Ostbecken unterhält seit 1978 die Kölner Schiffsverft Deutz Reparaturplätze für Fracht- und Passagierschiffe. Von 1989 bis 1996 lebte hier die Kelly Family auf einem Hausboot, das heute im Technik-Museum Speyer steht. Auch die Fernsehserie „Die Anrheiner“ wurde hier in der Hafenstraße gedreht. Die alten Lagerhallen werden heute von Künstlern und für Events genutzt.

Der Niehler Hafen ist mit einer Gesamtfläche von 1,4 Millionen Quadratmetern der größte Kölner Hafen. Nach dem Hochwasser vom Dezember 1740 wurde der Niehler Damm errichtet. 1921 beschloss der Rat der Stadt Köln die Anlage eines Hafens. Bis 1925 war das Hafenbecken I fertiggestellt, bis in die 1950er Jahre wurde der kombinierte Handels- und Industriehafen auf vier Becken erweitert.

Am Lagerhauskai, dem ersten Bauabschnitt des Hafens, stehen Getreidesilos mit Sortier- und Trocknungsanlagen. Auf einer Freifläche werden Großraum- und Schwertransporte umgeschlagen.

Am Westkai befindet sich ein sogenannter trimodaler Güterumschlag: Hier werden Container zwischen Schiff, Eisenbahn und Lkw verladen. Fünf Kranbrücken heben Container auf LKWs, die beiden Kranbrücken am Kai können parallel Schiffe ent- oder beladen.

Der Stapelkai in Becken 2 mit dem Portalkran über drei Schienenstränge hinweg dient als Container-Terminal. Die Nordseehäfen Rotterdam und Antwerpen sind durch einen zweimal pro Woche verkehrenden Binnenschiff-Liniendienst angebunden.

Am Hansekai in Becken 3 stehen zwei Trockenumschlaghallen. Des Weiteren werden hier hauptsächlich Schrott, Schüttgut, Flüssigprodukte und die Autos von Ford umgeschlagen.

Der Molenkopf von Becken 4 wird als Liegebecken und Werft für die Fahrgastschiffe der Köln-

Düsseldorfer (KD) benutzt. Auf einer Halbinsel zwischen Hafenbecken und Rhein betreibt die Rhein-Energie das Heizkraftwerk Niehl. Auf dem Kraftwerksgelände soll die größte Wärmepumpe Europas entstehen, gespeist von der Wärme des Rheinwassers. Zum Ausklang dieser interessanten Hafenrundfahrt kehrten wir im Brauhaus „Gaffel am Dom“ ein, wo wir uns bei einem kühlen Kölsch ein wenig von der Hitze des Tages erholen konnten.

Interessenten an den Unternehmungen der Senioren-Union können sich gerne unter g.beck@senu-ndk.de informieren.

Obstbau In Wachtberg- ein Nachmittag bei Obstbauern Hubertus Wolf



02.07.2025

In vielen Städten und Gemeinden des Rhein Sieg-Kreises legen die Ortsvereinigungen der Senioren-Union der CDU Deutschlands mit ihren 1100 Mitgliedern großen Wert darauf, guten Kontakt zu den örtlichen Unternehmen zu halten.

Gute Wirtschaftspolitik ist ein wesentlicher Faktor für unsere Gesellschaft und die Generation über 60 Jahren bestimmt mit ihrer großen Kraft an der Wahlurne entscheidend mit, ob Wirtschaftspolitik in Deutschland langfristige Wettbewerbsfähigkeit unserer Betriebe sichert.

Und Information hilft bei der Meinungsbildung.

Die Senioren-Union Wachtberg besuchte daher an einem heißen Sommertag den Obsthof der Familie Wolf. Die Familie Wolf bewirtschaftet in dritter (bald vierter) Generation 100 Hektar rund um den Ortsteil Werthhoven. Auf dem größten Teil der Fläche werden Äpfel angebaut, aber auch Johannisbeeren und Birnen. Wachtberg ist wegen der abfallenden Lage zum Rhein ein ideales Anbaugebiet für Obst und daher stellt Landwirtschaft, Obstbau und Gartenbau für den Ort einen wichtigen Wirtschaftsfaktor dar. Fast drei Stunden mit intensiver Diskussion über Sorten, Bewässerung, Klimawandel, Mindestlohn, modernen Pflanzenschutz und Vermarktung überzeugten die

Teilnehmer von der Umweltfreundlichkeit und Wichtigkeit lokalen Obstbaus für gesunde, verfügbare und regionale Produkte.

Weitere Beiträge aus den Ortsvereinigungen finden Sie unter: <https://www.senu-rsk.de/aktuelles>

Anmerkung der Redaktion:

"Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Für diese Beiträge übernimmt die Redaktion auch keine Verantwortung."

Impressum Herausgeber: Senioren-Union der CDU Rhein-Sieg-Kreis

Redaktion: Dr. Dieter Braun / Marga Basche

Beiträge an:

Dr. Dieter Braun, Auf dem Äckerchen 8, 53343

Wachtberg,

deejay2@gmx.de

V.I.S.P.: Dr. Dieter Braun